

Sperre fuhrwerke.

Ortsstraße Nr. 1 von der Röhle ist der Verkehr für Schönbürg, Calw und Montag, den 10. Juli 1922

Schultheißenamt: Doernle.

den 5. Juli 1922. Aufnahme, die wir bei dem Herr lieben Tochter und

Sparverein u. Ung.

am Sonntag, des 8 Uhr, im Gasthaus zum

Der Aufsichtsrat: Vorsitzender Roll.

isbeer

pf. Neuenbürg.

arbeiterinnen

scholl A.-G., astmühle.

weine

mit Buchter.

Zimmer

Brennholz.

F. Sigle & Cie., Schabfabriken A.G., ornweihelm bei Stuttgart.

Mädchen

lochen kann, zu 2 Pei gutem Lohn gesucht. Frau Max Fleischmann, Forstheim, Bleichstr. 58, 1 Z.

Bezugspreis:
Wöchentlich in Neuenbürg 4 60.— Durch die Post in Ost- und Oberamtbezirk, sowie im sonstigen wöchentlichen Verkehr 4 60.— mit Postbestellgeld.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Buchhändler, in Neuenbürg außerdem die Buchhändler jederzeit entgegen.
Korrespondenz Nr. 24 bei der C.A.-Sparskassa Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag des C. Mecklen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Wazigenpreis:
Die einseitige Zeitzeile ab deren Raum 1. Zeile 2.— 2. Zeile 1.50.— 3. Zeile 1.— 4. Zeile 0.75.— 5. Zeile 0.50.— 6. Zeile 0.25.— 7. Zeile 0.10.— 8. Zeile 0.05.— 9. Zeile 0.02.— 10. Zeile 0.01.—
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Nachvertrages hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Bersprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird telefonische Abrechnung übernommen.

Nr. 157. Neuenbürg, Samstag, den 8. Juli 1922. 80. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Der Reichstag beschäftigt sich zurzeit mit dem Gesetz zum Schutze der deutschen Republik. Der Reichstag, früher Bundesversammlung, hat es mit 48 gegen 18 Stimmen angenommen. Unter den 48 befanden sich, wie es heißt, auch die württembergischen Stimmen, da der württ. Gesandte in Berlin, der Sozialist Hildebrand, die württ. Stimmen anders abgegeben habe, als die Instruktion der Staatsregierung lautete. Die Angelegenheit bedarf noch der Aufklärung. Ihre Erklärung findet sich vielleicht darin, daß Hildebrand als sozialistisches Mitglied des Staatsgerichtshofs zum Vollauf des neuen Gesetzes in Aussicht genommen ist, also nicht wohl gegen ein Gesetz stimmen kann, auf Grund dessen er nachher richten soll. Ein Ausweges war unbedingt notwendig. Es hat sich gezeigt, daß in Deutschland eine Korborganisation vorhanden ist, die befehligt werden muß. Das neue Attentat auf Maximilian Harden ist ein Beweis dafür, und die Aufregung ist dadurch nicht kleiner geworden, daß es nun schon der zweite Jude ist, den die Mörder an den Krügen wollen. Der Staat befindet sich also in einer gewissen Notwehr und braucht ein Ausnahmegesetz. Aber was daraus jetzt folgt, ist ein Ausnahmegesetz gegen eine Idee. Das darf es nicht werden. Die Freiheit der Meinung muß unangestochten bleiben. Vorläufig haben die Demonstrationen mit ihren Ausschreitungen gezeigt, was Geistes und der neue Geisteswandel ist. Die Konzentration der republikanischen Kräfte ist in Gewalttätigkeiten ausgeartet, die jeder Beschreibung fähig ist. Man spricht jetzt davon, die Erzeugung des Mobs, die zu diesen Exzessen geführt hat, sei zur Zeit aufzulösen und in Bahnen zu lenken, auf denen der Staat retten könne, statt ihn zu zerstören, wenn das Volk endlich Laster der Regierung zu sehen bekommt. Erst läßt man den Mob auf die Straße, dann verlangt man Leben, um ihn zu imponieren. Man kennt die Weise, man kennt den Weg. Eine gute Republik wird nie mit solchen Mitteln vergrößert, eine solche nicht erreicht.

Inmerhin ist ein Hund nach links in Berlin unverkennbar. Es scheint mit dem Eintritt der Unabhängigen in die Regierung wirklich ernst zu werden. Sie haben ihren so lange hartnäckig festgehaltenen Standpunkt, mit Angehörigen bürgerlicher Parteien nicht in einer Regierung zu sitzen, grundsätzlich aufgegeben. Die Deutsche Volkspartei ist damit ausgeschlossen, der sozialistische Einfluß in der Koalitionsregierung vergrößert und die Lage der beiden bürgerlichen Parteien, Demokratie und Zentrum, in der Koalition erschwert. Hebrigens verläuft immer bestimmter, daß die Regierung zu Neuwahlen aufrufen wird, wenn das Gesetz zum Schutze der Republik im Reichstag nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit findet. Die Aussichten dafür sind eben nicht günstig; sie waren es aber auch nicht für die Getreidemlage, die gleichwohl Gesetz geworden ist. Die württ. Landwirtschaftskammer beschäftigt sich gegenwärtig damit, vom Landtag für die Steuertransparenz und die Finanzansicht zu bekommen. Staatspräsident Dr. v. Hieber hat nach seinem 60. Geburtstag gefeiert und dabei aus allen demokratischen Kreisen viel Anhang gefunden. Er hat auch auf fast all den Sommerferien der Partei gesprochen und so in letzter Zeit eine Reihe von Reden gehalten, aus denen ein klarer demokratischer Unterton hervorspricht. Die Protestbedingungen gegen die Schuldfrage im Frieden von Versailles werden erhoben, aber derweilen haben die Franzosen in Oberösterreich wegen eines harmlosen Zwischenfalls 6 Deutsche getötet. Wenn fallen da nicht die Worte ein, die der Vorstand der demokratischen Partei in seiner Rundgebung vom 2. Juni dem deutschen Bürgerium zurief: Das Bürgerium muß sein unklares und schwaches Schwanken zwischen Verleumdung der Vergangenheit und der Erkenntnis gegenwärtiger Notwendigkeiten aufgeben und ein tatkräftiger, unerschütterlicher Träger des neuen Staates werden. Wo bleiben jetzt die Demonstrationen?

Der Kampf gegen die Schuldfrage wird den Franzosen allmählich uneben. Poincaré macht verzweifelte Anstrengungen, sich rein zu waschen. Die ihm ergebene Presse greift ganz unerbittlich ein, die Kriegsschuld greift nicht an Poincaré, sie will in Deutschland hängen bleiben, weil sonst die ganze Reparationsfrage in sich zusammenbrechen würde. Davon sind wir noch weit entfernt. Einziges Hebt der Dollar 154, und das Pfund Reicht nachweislich 20, das Pfund Reich 80 bis 100 Mark. Man gewinnt daraus noch nicht den Eindruck einer bevorstehenden Erleichterung der innen- oder außenpolitischen Lage Deutschlands.

Deutschland.

Stuttgart, 7. Juli. Nach dem Entwurf einer Wenderung des Landesausführungsgesetzes soll der Budget zum Grundsteuer für das Rechnungsjahr 1922 900 v. D. betragen. Der weitere Betrag des gewöhnlichen Reinertrags wird in dem Entwurf für das Rechnungsjahr 1922 wie folgt festgesetzt: für die ersten 5000 Mark Reinertrag 5 v. D., für die folgenden 5000 Mark 10 v. D., für die folgenden 5000 Mark 15 v. D., für die folgenden 5000 Mark 20 v. D., für die folgenden 10 000 Mark 30 v. D., für die folgenden 10 000 Mark 40 v. D., für die folgenden 10 000 Mark 50 v. D., für die folgenden 20 000 Mark 60 v. D., für die folgenden 30 000 Mark 70 v. D., für den Rest 80 v. D. Bei der Wertzuwachssteuer müssen die Zuschläge mindestens 10 v. D. betragen; als höchster Steuerfuß sind 50 v. D. des Wertzuwachses zugelassen.

München, 6. Juli. Die Unabhängigen haben im Rinderstadt einen Antrag eingebracht, der auf eine Reinigung der städtischen Beamten von allen nicht der Republik zuverlässig erscheinenden Beamten abzielt. Beamten, die durch ihr Verhalten beweisen, daß sie offen oder heimlich gegen die Reichsverfassung verstoßen, soll nachgelassen werden, zunächst freierwillig, im Falle der Weigerung durch Zwang. Angehörige verbotener Organisationen sollen sofort aus dem Dienst entlassen werden. Dies gilt vom zweiten Bürgermeister bis herunter zum untersten Beamten.

Berlin, 7. Juli. Der Reichspräsident hat zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit in Niedersächsischen und dem bisher nicht besetzten Teil Oberdeutschens eine Verordnungsung erlassen. — Eine offizielle Mitteilung besagt, daß

der Hochverräter Bepprechtung von Reichsfeinden als politischer Agent finanziell unterstützt worden sei. — Der „Vorwärts“ berichtet: Der sozialdemokratische Parteivorstand hat an den Vorstand der unabhängigen Reichstagsfraktion folgendes Schreiben gerichtet: Zum Lobe Däumigs sprechen wir Euch unter herzlichem Beileid aus. Leider hat sich die Hoffnung auf die Wiederherstellung Däumigs nicht erfüllt. Der Tod hat seiner so kurzen parlamentarischen Tätigkeit ein Ziel gesetzt. Däumig wird in der Geschichte der sozialistischen Bewegung Deutschlands wegen seiner unermüdeten Tätigkeit für die politische Aufklärung der Arbeiterklasse stets ehrenvoll genannt werden. — Die „Freiheit“ schreibt: Von der USPD ist an den Rechtsausschuß des Reichstags folgender Antrag gerichtet worden: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag alsbald den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, das den 9. November zum Feiertag des deutschen Volkes erklärt.

Gesamtsammlung der Landwirtschaftskammer.

Stuttgart, 6. Juli. Die zweite Sitzung der Landwirtschaftskammer am Donnerstag vormittag wurde mit einem Bericht von Schultheiß K a u n z, Altheim, über die Kreditbeschaffung eröffnet. Er begründete den Satz: Alles Geld für die Landwirtschaft aus der Landwirtschaft, und einen Antrag des Vorstands der Kammer, wonach 1. die Errichtung neuer Kreditinstitute für landwirtschaftl. Real- und Personalkredit nicht erforderlich ist, 2. daß von den Bankwirten erwartet wird, daß sie ihre verfügbaren Geldmittel der Landwirtschaft zur Verfügung stellen und 3. daß die Staatsregierung ersucht wird, daß in den Geldinstituten die Aufhebung des Bankeigentums wieder herbeigeführt und der Depotzwang aufgehoben wird. (Beifall.) — Ernährungsminister Reil, von Präsident Adorno begrüßt, führt zur Getreidemenge aus, daß sie wiederum Gesetz geworden ist und daß es nun gemeinsame Aufgabe sei, das Gesetz lokal durchzuführen. Nur ein Bruchteil der Erzeugung werde exportiert. Auch wenn er größer sei als im Vorjahr, so werde das Opfer der Landwirtschaft nicht unvertretbar sein. Wohl werde der Eingriff von den Bankwirten unangenehm empfunden werden, aber durch die Beschlüsse des Reichstages sei die große Zahl der kleinen und kleinsten Landwirte von der Umlage ausgenommen. Eine gerechte Berücksichtigung der württ. Verhältnisse bei der Oberverteilung sei anzustreben. Die württ. Regierung sei bemüht, eine ungedeckte Belastung der württ. Landwirte zu verhindern und eine gerechte Anpassung der Umlage an die württ. Verhältnisse zu erreichen. Es sei angelehnt der Umlage der Landwirtschaft zu fordern, daß auch die Ubergewinne der Industrie der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden müssen. Über der Besatz auf Grund und Boden sei ein Vorrat. Es ließe sich nicht mehr gehen, wenn ein Stand sich gegen ein Gesetz auflehnen wollte (Jurist). Die Bande der inneren Ordnung würden aufreißt. Die ernste Katastrophe der Mark müsse eine ernste Warnung sein. Darum bitte er die Kammer, sich auf den Boden des Gesetzes zu stellen und mitzuwirken zum Wohle der Volksgemeinschaft. — Der m a n n, Hohenmüllingen, berichtet über die Umlage. Angeht es der wenig guten Ernte bedente sie ein großes Opfer, namentlich der württ. Bauern. Die Landwirtschaft trete immer für das Wohl des Vaterlandes ein, lasse sich nicht in Streit treiben, werde aber auch nicht vergessen, was in Berlin beschlossen wurde. Aus jactischen Gründen hätte man die Umlage aufheben müssen. Das Dilemma der Deutschen Landwirtschaft werde gefährdet. Der Minister habe die Zufriedenheit mit der Landwirtschaft verloren. Das Opfer der württ. Landwirte sei wirklich groß. Die kleinen Landwirte müßten teures Vieh kaufen. Die Unterebenen sollten auch sonst energisch vorgehen. Der Redner begründete folgende Entschließung. Die Kammer wolle beschließen, der Staatsregierung folgende Entschließung vorzulegen: Von dem Beschluß des Reichstags, wonach auch im Jahre 1922 eine Getreidemenge von 2 1/2 Millionen Tonnen Getreide durchzuführen wird, haben wir mit lebhaftem Bedauern Kenntnis genommen, weil wir diese Sonderbelastung der Landwirtschaft für ungedeckt halten und eine Verminderung der landw. Produktion für das kommende Getreidejahr befürchten. Die Staatsregierung ersuchen wir, sich mit allem Nachdruck dafür einzusetzen, daß bei der Oberverteilung auf die Länder die ungünstigen Verhältnisse und Ernährungsverhältnisse Württembergs in genügendem Maße Berücksichtigung finden. Eine schwer drückende Umlage könne von der württ. Landwirtschaft nicht getragen werden und müsse mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden. Ferner muß, nachdem nun die Getreidemenge angenommen wurde, darauf hingewirkt werden, daß die Ausfuhrerpreise in ein richtiges Verhältnis zu dem Preis des Umlages- und freien Getreides gebracht werden, wenn nicht das angeleitete Mißverhältnis der Landwirtschaft gefährdet werden will. — F e i l m a y e r, Aulitz, berichtete über das Verhalten der Reichstagsmitglieder zur Getreidemenge. Man habe anfänglich die Ubergewinnung gelobt, daß diesmal die Umlage nicht mehr durchgegeben werde und daß ein Kompromiß zustande kommen werde, mit dem die Landwirtschaft hätte zufrieden sein können. Da sei der Vorstand an Rathenau gekommen und habe alles umgekehrt. Jetzt habe man die Lastade, daß der Landwirtschaft ein ganz einseitiges Opfer aufzulegen sei. Dafür, daß die Landwirte mit Kind und Kegel 14 Stunden arbeiten müssen (so werde das Opfer draußen aufgeführt) demjenigen, der durch seine eigene Arbeit in 8 Stunden für seine Familie verdient, noch abzugeben. Es sei, das müsse er leider mitteilen, im Reichstag davon geredet worden, unter die kleinen Landwirte einen Keil zu treiben; dann könnte man sie besser befragen. Von anderer Seite sei gesagt worden, man müsse möglichst die kleinen Landwirte schonen, damit sie eine Stellung einnehmen, die zu einer gewissen Parteirichtung führe. Das Umlagegesetz sei unter einem politischen Druck zustande gekommen, der außerhalb jeder Berechnung eingetreten sei. Wir werden etwa das dreifache zu liefern haben vom vorigen Jahre. Der Minister hat sich in Berlin noch so viel bemüht, er wird keinen Erfolg haben. Der Grund sei die Lastade, daß das verhältnismäßig niedrige Umlage-Zoll in manchen Zeitungen viel zu viel beprochen worden sei. — Arbeits- und Ernährungsminister Reil erwiderte den beiden Vordnern. Er könne zu den erörterten Fragen zunächst nicht weiter Stellung nehmen. Er sei über-

zeugt, daß eine Einigung doch nicht zustande käme. Aber dagegen müsse er sich verwahren, daß er bei der Landwirtschaft nicht die nötige Fühlung gehalten habe. Von seiner Seite seien die Interessen der Landwirtschaft in Berlin nachdrücklich vertreten worden. Man habe zuerst ein Umlage-Zoll von 65 000 Tonnen für Württemberg vorgegeben gehabt. Es sei wenigstens gelang, es auf 35 000 Tonnen herabzudrücken, und er gebe die Hoffnung nicht auf, noch eine weitere Verminderung herbeiführen zu können. Er möchte davor warnen, daß in landwirtschaftlichen Kreisen die Ansicht sich verbreite, daß man deshalb, weil wieder ein Umlagegesetz gekommen sei, die Produktion einschränken habe. Er empfehle die Revolution, wenn er auch mit dem ersten Punkte nicht ganz einig gebe, so doch in den zwei letzten Punkten zur Annahme. — Präsident Adorno stellte fest, daß trotz der außerordentlichen Größierung die Landwirtschaft nicht die Konsequenzen getragen haben, die andere Berufe in solchen Fällen zu ziehen gewohnt sind. — Abg. Dingler, Calw, möchte den weggehenden Ernährungsminister aufhalten und wirt ihm vor, daß er für die Landwirtschaft nicht einmal Zeit übrig habe. Der Ernährungsminister widerlegt diesen Vorwurf. An der weiteren Aussprache beteiligten sich Schiele, Burzsch, Greiß, Veitfisch, Dornung, Schaubert, der betonte, daß nicht die Landwirtschaft, sondern die Salata an den hohen Preisen Schuld habe. König, Hohenbach, wünschte, daß das verlässige Brot in erster Linie dem notleidenden Mittelstand zugute komme. Hermann, Blausfelden, glaubt, man habe damit zu rechnen, daß die Umlage eine dauernde Einrichtung bleibe, solange die Kaufkraft der Mark nicht gehoben werden könne. In seinem Schlußwort gab der Referent Hermann, Hohenmüllingen, auf verschiedene Punkte Antwort, die der Ernährungsminister angesprochen hatte. Es sei sehr bedauerlich, daß der Minister für die Sitzung nur ganz kurze Zeit zur Verfügung hatte. Daraus wurde die bereits mitgeteilte Entschließung zur Getreidemenge einstimmig angenommen.

Die Donauveränderung und Württemberg und Baden.

Karlsruhe, 7. Juli. Die Bad. Presse schreibt: Die Verlegung der Frage der Donauveränderung im Badischen Landtag hat in Württemberg bereits ein Echo gefunden. Dem gegenüber stellen wir auf Grund der vom badischen Arbeitsminister Dr. Engler vorgetragenen Tatsachen fest, daß nicht sein Ton, wohl aber die Handlungswelt des Gemeindeförderungsausschusses zu beanstanden ist. Das Recht liegt, wie wir gegenüber dem „N. Stuttg. Tagblatt“ besonders unterstreichen wollen, auf Seite Badens. Das rücksichtslose Vorgehen der Gesellschaft, die das Frödingen Kraftwerk und das Kraftwerk an der Raab erstellt und der Kommentar der beiden Stuttgarter Beweisen mit aller Deutlichkeit, was Baden und seine Bevölkerung zu erwarten hätte, wenn der Gedanke, Baden und Württemberg zu einem Staatswesen zu vereinigen, wirklich einmal greifbare Gestalt annehmen würde. Baden würde oben in jeder Hinsicht von Württemberg benachteiligt und über die Köpfe dardiert. Darum danke weg von der Zusammenlegung dieser beiden Länder!

Der „Schwäbische Merkur“ sagt dazu, es sei dabei in einem Tone geredet worden, der gegen die schimmigen Tage des Streites der Vorkriegsjahre nicht zurückbleibe. Es sei zu erwarten, daß der württembergische Arbeitsminister oder die württembergische Regierung die Antwort sobald als möglich erteilen, denn so könne es nicht weiter gehen.

Das „Neue Stuttgarter Tagblatt“ schreibt: Die ungewöhnlich scharfe Polemik gegen das von der Stadt Tuttingen erzielte Werk ist unter allen Umständen unangebracht. Sie geht von der Voraussetzung aus, daß die Donau ein rein badischer Strom sei; man könnte sich von diesem Standpunkt aus schließlich auch gegen die Stromveränderung am Eichenen Tor bei Dreisam wenden. Zunächst hören wir aber mit einer gewissen Betriedigung aus der Rede des badischen Arbeitsministers die erfreuliche Absicht heraus, die Angelegenheit im Zusammenwirken mit Württemberg schließlich, friedlich zu regeln.

Eine Erklärung der Deutschvölkischen Partei Bayerns.

München, 7. Juli. Die Deutsche Volkspartei in Bayern erklärt in der ihr nahestehenden Presse: Es war von allem Anfang an unsere Auffassung, daß die Deutsche Volkspartei den Geleitzenswurf zum Schutze der Republik in der letzten Session nicht annehmen werde. Jedoch, um des ganzen Volkswohles willen wird die Deutsche Volkspartei mit allen Kräften eine wesentliche Änderung im Sinne der bayerischen Auffassung herbeizuführen suchen.

Scharfe Worte der christlichen Gewerkschaften.

München, 6. Juli. In einer großen Versammlung der christlichen Gewerkschaften wurde zu den augenblicklichen Ereignissen Stellung genommen. Abgeordneter Bunk erklärte u. a. viele Maßnahmen der verantwortlichen politischen Stellen hätten in den letzten Tagen den Eindruck gemacht, als ob die Reichsregierung eine „Kiliale der sozialistischen Gewerkschaften“ wäre. Das Verhalten des Reichsministers Gröner müßte ja die Massen wieder zu den radikalen treiben. Für die Zukunft sei alles zu befürchten, wenn die verantwortlichen Stellen nicht mehr Energie aufbringen. Die christlichen Gewerkschaften lehnen den Generalkonvent und die Streikdemonstrationen durchaus ab, aber es könnte an sie die Notwendigkeit heranreten, durch eine Aktion der Kontrolle die Entschlüsse zu verhindern.

Kahr-Debatte im bayerischen Landtag.

München, 6. Juli. In der heutigen, förmlich verlaufenden Sitzung des bayerischen Landtags wurde die Interpellation der Unabhängigen über die monarchistischen Bestrebungen des gewöhnlichen Regierungspräsidenten Dr. v. Kahr behandelt. Der Interpellant Baumgartner greift Kahr als Hebel an, während der Minister des Innern Dr. Schönerer erklärte, daß die Rede Kahr vom 2. Mai sich in den gebotenen Grenzen gehalten habe und der Regierung keine Möglichkeit zum Einschreiten biete. Auf diesem Standpunkt steht auch die bayerische Volkspartei und die Mittelpartei, während die Demokraten und der Bauernbund das letzte Auftreten Kahr entschieden ablehnen. Scharfe Kampfbreden ließen die Reichssozialisten

und Kommunisten. In der Ausschussbesprechung teilten auch
der blaue Mann und das Gefäß zum Schutze der Republik
eine große Rolle.

Neue Forderungserhebungen der Kontroll-Kommission.
München, 7. Juli. Nachdem bereits vor einigen Tagen in
der Öffentlichkeit bekannt geworden ist, daß die Kontroll-Kommission
die Wiederlegung der ehemals militärischen Spreng-
stoffmagazine bei Schleißheim verlangt und die bayerische
Staatsregierung nichts dagegen getan hat, wenden sich nun-
mehr die industriellen Kreise an die Presse und fordern die
Staatsregierung auf, alles zu tun, um diese Bauten vor sun-
stiger Vernichtung zu bewahren. Die Privatindustrie fordert
Erhaltung der Bauten, damit der im Wirtschaftsleben be-
nötigte Sprengstoff gesichert amgebracht werden kann. Ver-
schiedene bayerische Werke, die Sprengstoffe für ihre Arbeiten
in den Gebirgsgegenden Oberbayerns benötigen, haben auf
Anordnung der Polizeibehörden auf ihre bisherige Unter-
bringung verzichtet und im Interesse der allgemeinen Sicher-
heit des Landes ihre Sprengstoffvorräte in der ehemaligen
Munitionsanlage in Schleißheim einlagern müssen. Sollten
diese Magazine nun zerstört werden, so müßte die Privat-
industrie eigene Magazine bauen. Ferner soll auf Forderung
der Entente der Wasserturm in Schleißheim mit seinen Hoch-
leitungen geschützt werden, was zur Folge haben müßte, daß
die dort befindlichen Wohnhäuser und das Gartenland zu
Grunde gerichtet würde, da nach Zerstörung des Wasserturms
die Wasserleitung ausfallen würde. Die bayerische Regierung
wird dringend gebeten, energische Schritte zu unternehmen,
um die Zerstörung der Bauten in Schleißheim hintanzubringen.

Ueberführung Jitas von Habzburg nach Bayern?
Die Mutter der ehemaligen Kaiserin Jita hat in der Nähe
Münchens Wohnung genommen. Es verlautet, daß sie in
Unterhandlungen wegen Ankauf einer Villa in der nächsten
Umgebung Münchens steht und daß, wenn der Kauf perfekt
wird, die Kaiserin selbst nach Bayern zu ihrer Mutter
ziehen will. Es fragt sich nur, ob die Aufenthaltsgenehmigung
und Jureisdiktum erreicht werden wird. Heute, die nur
politische Erwägungen hervorzurufen, sollen die Geschäfts-
schaft Deutschlands lieber nicht in Anspruch nehmen; es hat
sich ohnehin schon genug Handhabe angeammelt. (Schriftl.)

Die politische Freiheit des Beamten.
München, 7. Juli. Aus den Ausführungen, die gestern der
bayerische Innenminister Dr. Schöner in Landtag machte,
ist folgendes hervorzuheben: Nach den Verfassungsbestimmun-
gen ist kein Zweifel, daß von den Beamten keine Befreiung
der persönlichen und politischen Auffassung, namentlich auch
keine innere Uebereinstimmung mit der republikanischen
Staatsform verlangt werden kann und daß ihnen auch die
Teilnahme an Wahlen auf Veränderung der Verfassung
nicht verweigert ist, sofern diese Bestimmungen sich auf dem ge-
wöhnlichen Boden bewegen. Ein Beamter, der aus seiner mo-
narchistischen Gesinnung keinen Hehl macht, macht sich dadurch
keiner Verletzung seiner Dienstpflicht schuldig.

Die Pflichten der Beamten.
Berlin, 7. Juli. Der Reichsrat beschäftigte sich heute mit
dem Gesetzentwurf über die Pflichten der Beamten zum Schutze
der Republik. In dem Gesetzentwurf wird festgesetzt, daß die
Verpflichtung der Fidesleistung auf die Republik die sofortige
Entlassung des Beamten ohne Disziplinarverfahren zur Folge
hat, ohne daß dem entlassenen Beamten irgend welche finan-
ziellen Ansprüche zustehen. Zur Durchführung des Gesetzes
sollen die vorhandenen Disziplinargerichte verstärkt werden.
Für gewisse schwere Fälle soll ein besonderes Disziplinarhof
eingesetzt werden, und zwar ein kleiner Disziplinarhof als
1. Instanz und ein großer als 2. Instanz. Vor der Gesamt-
abstimmung erklärte der bayerische Gesandte von Freytag, daß
für die bayerische Regierung das Gesetz in dieser Form nicht
annehmbar sei. In der Gesamtabstimmung wurde der Ge-
setzentwurf mit 49 gegen 16 Stimmen angenommen. Für das
Gesetz stimmten alle Staaten, mit Ausnahme Bayerns, sowie
der Vertreter von Österreich, Brandenburg, Bannern, West-
falen, der Rheinprovinz und Westfalen.

Die Beziehungen Ludendorffs zu Günther.
General Ludendorff bittet um Veröffentlichung folgender
Erklärung: In der Presse wird der Student Günther als
mein Privatsekretär bezeichnet, der meine rechte Hand und
mein Vertrauter noch heute sei. Diese Behauptung ist un-
wahr. Günther ist nicht mein Privatsekretär, nicht meine
rechte Hand und nicht mein Vertrauter. Ich lernte Günther
im Winter 1919-20 kennen bei einer Jugendberandung.
Seit dem Frühjahre 1920 habe ich keinerlei Beziehungen zu
ihm. Nur einmal traf ich ihn zufällig etwa im März 1922 in
einer Straße in München. Er grüßte mich und teilte mir dor-
auf mit, daß Herr von Janow die Wiederannahme seines
Berufes zu beantragen beabsichtige. Ich nahm zu seiner
Rückmeldung keine Stellung. Irigendwelche andere politische
Frage oder auch nur sonstige Frage wurden nicht behandelt.
ges. Ludendorff.

Zentrum und Demokratie an die Deutsche Volkspartei.
Berlin, 7. Juli. Römens der Zentrumsfraktion und der
Fraktion der Deutschdemokratischen Partei ist gestern Abend
folgender Brief an die Deutsche Volkspartei im Reichstag ge-
richtet worden: „Die Not der Stunde verlangt mehr denn je
die Hingabe aller, die zur willigen und tätigen Mitarbeit
an der Erhaltung und dem Wiederaufbau des Staates auf
dem Boden der bestmöglichen Verhältnisse bereit sind. Innerpoli-
tisch hat der Reichstag an Rathenau dank seinen Folgen allen
Schritten des Volkes die Augen geöffnet, an welchem Abgrund
wir stehen. Vom Ausland haben wir Hilfe nur zu erwarten,
wenn die Politik des Reiches von den weitesten Schichten des
Volkes unterstützt wird und dadurch die Gewähr für die Schaf-
fung und Aufrechterhaltung der Zustände im politischen und
wirtschaftlichen Leben in sich trägt. Wir halten die Zusammen-
arbeit mit der Deutschen Volkspartei nach den Ausführungen
die die Abgeordneten Deines, Beder und Stresemann in der
letzten Zeit im Reichstag über unsere außen- und innenpoli-
tische Lage gemacht haben, für möglich, wenn guter Wille auf
allen Seiten vorhanden ist. Wir sehen nach den Ausführungen
Einigkeit darüber voraus, daß ein Wiederaufbau des Staates
und die Fortführung der Sozialpolitik nur auf dem Boden der
Verfassung und der republikanischen Staatsform möglich ist.
Deshalb wird von den in der Regierung vereinigten Parteien
jede Agitation gegen die Verfassung der Republik, gegen die
Träger der Staatsgewalt und die Embleme des Staates inner-
halb und außerhalb des Reichstages zu vermeiden und die Re-
publik gegen jeden Angriff zu verteidigen sein. Dem Staat
sind durch das Gesetz zum Schutze der Republik alle Nach-
mittel zu gewähren, deren er zur tatkräftigen Verteidigung be-
darf. Alle Bemühungen der Regierung, untere außerpolitischen
Verhältnisse auf der Basis internationaler Verhandlungen zu
verbessern, sind zu unterstützen. Wir bitten um eine gefällige
Kerzung, ob die Deutsche Volkspartei bereit sein würde, sich
auf dieser Grundlage an der Regierung zu beteiligen.“

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.
Sonntagsgedanken.
Abel der Arbeit.
Freund! Du hast recht, wenn du glaubst, daß ich viel
arbeite. Ich tue es um zu leben, denn nichts hat mehr Wert-
lichkeit mit dem Tode als der Mühsal.
Friedrich der Große.
Die Arbeitsfähigkeit eines Volkes heißt seiner ganz; sie
ist unter alle ausgeteilt. In einem Punkte, und sei er noch so
klein, ist jedermann einsig, kann jedermann Meister
werden. Karl Scheller.

Wer den wuchtigen Hammer schwingt,
Wer im Felde mäht die Weiden;
Wer ins Markt der Erde bringt,
Weiß und Rinder zu ernähren;
Wer stromen den Regen nicht;
Wer bei Woll- und Berg und Klische
Düsterm Beschäftigt sich mäht,
Dah sein blonder Junge wachse: —
Jedem Ehre, jedem Preis!
Ehre jeder Hand voll Schwiele!
Ehre jedem Tropfen Schweiß!
Der in Dürren fällt und Mühen!
Ehre jeder nassen Stirn
Düsterm Pfingst! — Doch auch dessen
Der mit Schweiß und mit Dirn
Dungernd blüht, sei nicht vergessen.

Baden.
Ermendungen, 6. Juli. In einer Zigeunerfehde kam es
in dem Dorfe Wasser. Die Gendarmen hatte bei einer
Streife 8 Zigeunerfamilien aufgeführt, die nach Ermendungen
zu ihrer Uebernahme gebracht werden sollten. Als die Zi-
guner das Dorf Wasser passierten, führten sie aneinander
los und lieferten sich mit Messern und sonstigen Instrumenten
eine Schlacht. Erst mit Gewalt konnten sie auseinandergetrie-
ben werden.

Singen a. S. 6. Juli. In den hiesigen blutigen Vorgän-
gen am Demonstrationstage am letzten Dienstag werden noch
folgende Einzelheiten berichtet: Im Anschluß an zwei Ver-
sammlungen, die selbst ruhig verliefen, durchzogen die Demon-
stranten die Stadt, um arbeitswilliges Personal aus den Be-
trieben herauszuholen. Hierbei kam es zu einzelnen Zusam-
menstößen, bei denen u. a. der Beamte der Christlichen Ge-
werkschaft, Dreher, schwer mißhandelt wurde; es wurden ihm
die Kleider am Leibe zerissen. Schlimmer erging es noch den
Besamten in den Fabriken, die nicht sofort die Arbeit nieder-
gelegt hatten; sie wurden beleidigt und mit Gewalt gezwungen,
die rote Fahne zu tragen oder neben der Fahne einzuhergehen.
Aus einem Wirtschaftsparten wurden die anwesenden Wäfte
betrieben. In einem größeren Auslauf kam es vor der
Fassade des hiesigen Zentrumsblattes, wo es aber gelang, die
Menge zum Abzug zu bewegen. Dann drangen die Demon-
stranten in die Villa des Direktors Dr. Paulsen ein, ohne daß
es aber hier zu einem ernstlichen Zwischenfall gekommen wäre.
Als sich jedoch die Menge nach der benachbarten Villa des Ma-
jors a. D. Scherer wandte, um auch hier nach Waffen und mo-
narchistischen Wärdern zu suchen, kam es zu einem regelrechten
Feuergefecht. Der Major, ein Schwerkriegsinvalid, hatte nach
Uebereinstimmenden Zeitungsberichten auf die Menge geschossen,
als sie das Tor einbrachen wollten. Als er vor den das Haus
Stürmenden rückte, kam er zu Fall und einige der
Eindringenden traten auf ihm herum. Einer ergriff ein Jagd-
gewehr und schoß den Major durch den Kopf, der sofort tot
war. Das Anwesen des Majors wurde vollständig demoliert.
Drei der Demonstranten wurden bei dem Feuergefecht verwun-
det, einer davon erheblich.

Handel und Verkehr.
Direktion der Distrikts-Gesellschaft. Wie unsere Leser
aus dem Anzeigenteil der Freitagnummer erfahren, ist die
Bilanz für das Jahr 1921 erschienen und kann von der Re-
ntrale wie von allen Niederlassungen bezogen werden. Die
Veränderung in Wärdab ist gerne bereit, Interessenten solche
kostenlos zur Verfügung zu stellen.
Wietingheim, 7. Juli. Dem Viehmarkt wurden 186 Stück
Vieh zugeführt: 7 Ochsen und Stiere, 53 Kühe, 18 Rinder und
Kalber, 14 Ferkel. Bei hohen Preisen fanden viele Verkäufe
statt. Es folgten: 1 Ochse mit 787 Mark, 49 000 Mark, 1 Paar
Ochsen mit 1275 Mark, 80 000 Mark, 1 Paar Stiere mit 1082
Mark, 80 000 Mark, 1 Kuh mit 550 Mark, 41 000 Mark, 1 Rind
mit 317 Mark, 18 Mark, alt, 20 000 Mark, 1 Rind, 12 Mark, alt, mit
255 Mark, 15 500 Mark, 1 Kalbel mit 451 Mark, 34 000 Mark, 1
Kalbel mit 415 Mark, 35 000 Mark.

Neueste Nachrichten.
Stuttgart, 7. Juli. Auf eine Anfrage Wäder (B. P.)
wegen Verteuerung des Betriebs der Krankenhäuser und der
Forschungsinstitute durch Verteuerung des Branntweins hat
das Kultusministerium geantwortet, daß es wie das Finanz-
ministerium bei den Reichsstellen dafür eingetreten sei, daß
die 40 Mill. Mark des Reichsmonopolvertrages, die für Kranken-
und Forschungsinstitute dort bereitgestellt sind, bald und
ausgiebig erhöht werden. Es werde auf die Befestigung
der sich aus der gesetzlichen Regelung ergebenden Schwierig-
keiten hingewirkt.

Konstanz, 7. Juli. In Salem gerieten 4 Personen
beim Baden in seichtem Wasser in Schlamme. Nur einer
erreichte das Ufer, während die anderen 3 sowie eine zur
Rettung herbeigerufen Person ertranken.

München, 7. Juli. Wie die „Münchner Post“ meldet,
sind hier auf Ersuchen des Oberreichsanwalts einige der
Organisation C angehörende Studenten verhaftet worden.

Berlin, 8. Juli. Der „Freiheit“ wird mitgeteilt, daß
die Geschworenen in dem Prozeß gegen die ehemaligen
russischen Offiziere, die das bekannte Attentat in der Ber-
liner Philharmonie auf Wilschulow begangen haben, sämtliche
Schuldfragen bejaht haben. Das Urteil lautete für den
Angeschuldigten Laborsky auf 12 Jahre Zuchthaus, für den
Angeklagten von Schabelski-Bork auf 14 Jahre Zuchthaus.

Berlin, 8. Juli. Heute vormittag um 9 1/2 Uhr werden,
wie der „Vorwärts“ schreibt, die Koalitionsparteien unter
dem Vorbehalt des Reichsanwalts zu einer Beisprechung zu-
sammzutreten, in der u. a. das Regierungsproblem eingehend
besprochen werden soll. Die Reichsregierung ist über die
sozialdemokratische Auffassung bezüglich einer Regierungser-
weiterung nach rechts bereits unterrichtet worden.

Berlin, 7. Juli. Das Goldhollaufgeld wird künftig
wieder wöchentlich unter Berücksichtigung des Dollarkurses
der vorhergehenden Woche festgesetzt werden. Für die lau-
fende Woche bis 8. Juli einschließlich beträgt es 7900 A.
— Der „Vorwärts“ meldet: Die Regierungsparteien werden
einen Gesetzentwurf einbringen, durch den der 11. August, an
dem die Verfassung in Weimar verabschiedet wurde, zum
Nationalfeiertag erklärt wird. — Nach derselben Quelle
sind zur Zeit mit Rücksicht auf die fortschreitende Geldent-
wertung und die zunehmende Teuerung Verhandlungen zwi-
schen den einzelnen Beamten-Organisationen statt, um
eine neue Teuerungssaktion in die Wege zu leiten. —
Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats, Staats-
minister Dr. Freiherr von Schorlemer-Kieser, ist gestern in
Berlin gestorben. — Die Stelle des verstorbenen Abge-
ordneten Däumig befehlt der Mechaniker Paul Wegmann,
Charlottenburg.

Senftenberg, 7. Juli. Infolge der anhaltenden Hitze
ist die Tagesbeute der Stuben Werra und Friedrich
in Brand geraten.

Odenburg, 7. Juli. Gestern nacht sind in Antonien
hätte 48 Familien gewaltsam vertrieben worden. In Kölnig
hätte sah die polnische Polizei tatenlos den Gewalttaten zu
Munächtlich finden Schiereien an der Grenze mit Todes-
opfern auf beiden Seiten statt. Gestern fund hier die feib-
liche Verdrigung der bei den letzten Zusammenstößen mit
französischen Soldaten gefallenen Deutschen statt. Sie er-
folgte auf Gemeindefasten. Außer den Verlebden nahm die
Reichswehr und die Schutzpolizei an der Trauerfeier teil.

Paris, 7. Juli. Der Generaldirektor der Banque Indus-
trielle de Chine, Bernotte, ist heute vom Strafgericht wegen
Betrugs auf drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. In
Vertheidigung des Angeklagten erklärten, daß sie gegen das Urteil
Berufung einlegen würden.

London, 7. Juli. Beim Empfang einer Deputation von
Baumwollspinnern ankerte Lloyd George schwere Besorgnisse
über den Sturz der Markt in Deutschland. Da die deutschen
Arbeiter um 50 Prozent geringere Löhne erhalten als die eng-
lischen, seien getriebenerische Maßnahmen in Großbritannien
gegen die verhängnisvolle Konkurrenz notwendig.

Barmhertzen im Kölner Stadtparlament.
Köln, 7. Juli. In der gestrigen Stadtverordneten-
sammung kam es bei der Beratung des Antrags der so-
zialdemokratischen Fraktion, für den Kaiser Wilhelm-King und
den Hohenzollern-King die Bezeichnung „Kaiser-King“ und
„Erzberger-King“ für die Hohenzollernbrücke die Bezei-
chung „König-King“ bei der Regierung zu erwirken, zu Ent-
scheidungen. Mitglieder der äußersten Linken verdrachten gegen die
Ablehner der Resolution tötlich zu werden, so daß die Sitzung ge-
schlossen werden mußte.

Die Gefahr eines Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet.
Aus dem Ruhrbergbau kommen besorgniserregende Mit-
teilungen. Die Streikbewegung der Bergarbeiter ist im So-
den. Genährt wird dieses Wachstum vor allem dadurch, daß
alle für den Ruhrbergbau gefällten Schiedsgerichte in der Zu-
zwischen ihrer Befassung durch die Stellungnahme der Be-
tragsparteien durch die unheimlich schnell vor sich gehende Entman-
gung der Markt bereits überholt sind. Die am Bergbau in
Ruhrgebiet beteiligten freien Gewerkschaften haben einen Au-
ruf an die Arbeiterschaft erlassen, der im Falle, daß kein an-
nehmbarer Tarif zustandekommt, damit droht, alle gewerkschaft-
lichen Mittel zur Anwendung zu bringen.

**Die Deutsche Volkspartei grundsätzlich zum Eintritt in die
Regierung bereit.**

Berlin, 7. Juli. Die Antwort der Deutschen Volkspartei
auf das Schreiben der Fraktionen des Zentrums und der
Deutschen demokratischen Partei in der Frage der Koalition ist
heute Abend ergangen und hat folgenden Wortlaut: „Wir
sind mit Ihnen der Auffassung, daß die außerordentliche
Schwierigkeit der Lage das Zusammenwirken aller dieser ver-
langt, die in williger und tätiger Mitarbeit an der Erhaltung
und dem Wiederaufbau des Staates auf dem Boden der best-
möglichen Verhältnisse bereit sind. In den Uebereinstimmung
mit der Auffassung der Fraktion gebildeten letzten Reden der
Abgeordneten Beder, Deime und Stresemann ist unsere Auf-
fassung zu der außenpolitischen Lage, sowie zu der Frage des
Schutzes der verfassungsmäßigen Staatsform gegen Verfäl-
sichung und gegen überhöckerische Unternehmungen in
wesentlichster Uebereinstimmung mit den von Ihnen vertretenen
Auffassungen zum Ausdruck gekommen. Da weiter auch in der
Verständigung zugehenden großen Finanzfragen eine an-
deutliche gemeinschaftliche Arbeit auf breiter Grundlage er-
folgt ist, dürfte die auch von Ihnen als Voraussetzung bezeich-
nete Uebereinstimmung in den wesentlichen grundsätzlichen Fra-
gen vorliegen. Wir halten daher eine Zusammenarbeit auch
in der Regierung für möglich und sind bereit, uns an der Re-
gierung zu beteiligen.“

Doch nach Reichstagswahlen in kürzester Frist?

Berlin, 7. Juli. In den letzten Abendstunden war man
im Reichstag doch wieder recht pessimistisch gesimmt. Man
glaubte, die Sozialdemokratie würde den günstigen Augenblick
mit den Unabhängigen sich zu verschmelzen, durch die Taktik
der bürgerlichen Parteien nicht sich durchsetzen lassen, und
deshalb doch die Dinge zur Auflösung treiben. Falls — wie
hoffen immer noch — daß sie vermieden werden wird — die
Auflösung doch erfolgt, spricht man davon, die Neuwahlen
schon in etwa 14 Tagen anzuberaumen. Ein längerer Wahl-
kampf — darüber braucht man sich nicht zu täuschen — würde
im Zeichen dieser turbulenten Zeit den Bürgerkrieg bedeuten
würde zudem das Deutsche Reich einer aktions- und verhand-
lungsfähigen Regierung berauben. Es liegt auf der Hand,
daß wir einen derartigen Zustand nicht durch die lechnig Tag-
ertragen können, die die Verfassung als Maximalfrist für die
Aberaumung der Neuwahlen vorseht.

Aus dem Steueransuch.

Berlin, 7. Juli. Im Steueransuch des Reichstages wurde
heute die erste Lesung des Gesetzentwurfs zur Veränderung des
Erbsteuergesetzes zu Ende geführt. Es wurde der Text
einer Antragsberedung angenommen. Danach be-
trägt die Erbschaftsteuer für Klasse 1 4 Prozent, 2 5 Prozent,
3 6 Prozent, 4 8 Prozent, 5 12 Prozent. Der Steuerfuß er-
höht sich, wenn der Wert des Ertrags 100 000 Mark übersteigt
um 10 Prozent bis zum Betrag von 3 Millionen, und darüber
bis zum Gesamtanfall von 5 Millionen Mark für
weitere 400 000 Mark um je 20 Prozent. Es wurde ein we-
tere Antragsberedung angenommen, der die Härten beim Ueber-
gang von einer Steuerstufe in die nächsthöhere vermeiden soll.
Darauf trat der Ausschuss in die Beratung des Antrags
Erbschaft (USt) auf Abänderung des Einkommensteu-
gesetzes ein. Abg. Seidmann (USP) begründete den Antrag
und erklärte sich mit einer Erhöhung der 10prozentigen Grenze
auf 100 000 Mark einverstanden.

**Um die Ermittlung der Schuldigen an der Ermordung
Kathmans.**

Berlin, 7. Juli. Ueber die Ermittlungen der Weisung
Ja des Berliner Polizeipräsidenten verbreitet der „Vorwärts“
eine Korrespondenzmeldung, laut welcher der in Düsseldorf
verhaftete Ingenieur Kauerer in Berlin eingehend werden
werden ist. Er bestreite, von dem Merdankind auf Rathenau
irgend eine Kenntnis gehabt zu haben. Durch umfangreiche
Zeugenvernehmungen sei aber ermittelt worden, daß er bei
daraus gewußt habe. Der in Odenburg verhaftete antifeib-
tische Verlagsbuchhändler Albert Grenz ist eine Uebereinstim-
mung bei dem Anschlag auf Gorden gewesen. In Großberlin
seht alles aufgefährt, im Reich dagegen ist noch viel Arbeit
verrichtet. Alle Verhafteten werden nach Berlin gebracht.
Bisher befinden sich gegen 30 Personen noch in Haft.

**Die größte Auswahl in
Kinderwagen, Klapp-Sportwagen
in einfach bis hochfein.
Kindermöbel, Ruhestühle,
Koffer und Lederwaren
in gediegener Ausführung lauten Sie billig bei
Wilh. Bross, Pforzheim,
Ecke Zerronnenstrasse und Baumstrasse**

**Zu Berliner Buch-
handlung dem am 11. d.
Zarischtsch für das
gelang der in verläde-
rungen obliegen soll
wähler im ganzen Reich
unter Umständen eine
Buchdrucker einzuleiten
zur Stunde keine Ver-
sorgung der Firma
Kommunikation ab. Nach
zwei Anträge behande-
lender Generalsekretär
Brosch wieder auf
Kontag bestand in fo-
menballe veriammet
kanal der Firma
lichen Arbeiter Groß-
Kampf entschlossen
langt von der heute im
Kontag, die Reichsdruk-
lehnen.“ Diese Entsch-**

Magdeburg, 7. Juli. In
verleitet die Volkshilf-
leistungen vorgenommen
enklager Oberleitnant
Sobtrat a. D. Drems
der Vorliegende der
Major a. D. Schäfer,
ische. Weitere Verbat-
hundene Material wei-
Kamburg, 7. Juli.
denburg und an alle
die neben Stadtelmen-



Befa

Von der Freie
im Oberamtshof
für das Schwach-
bürg eine Zwangs-
Dieser Antrag
als Kommissar zur
Handwerker (§ 100,
Dr. Schmid bei de
bestellt.

Neulingen

Die Neuherung
beantragen Zwangs-
Miß, oder mündlich
bei mir abzugeben.
Die Abgabe de
des angegebenen Be-
12 Uhr in den Dien-
mer Nr. 5 erfolgen.
Ich fordere die
amtsbevollmächtig-
ter Abgabe ihrer A-
nur solche Erklärung
stehende der Erreich-
nicht, gültig sind, un-
des obigen Zeitpunkt
Neulingen,

Die

werden beauftragt
Weise den Beilicht
Neuendürg, d

Gemeinde

im
am Samstag, den
dem Rathaus in
Los Nr.
Langholz Str.
V., 1.44 VI. Klasse.
Sagholz Str.
Los Nr.
Langholz Str.
IV., 13.59 V., 0.20
Bedienungsfloße
Lose sind, in Pro-
drückt, bis spätestens
1 Uhr, zu welchem
taufindet, bei dem
erteilt. Waldschütz, B

Statt Karten!

Wilhelm Merkle
Emma Merkle
geb. Wolfinger

→ Vermählte ←

Mannheim-Neckarau Gräfenhausen
Juli 1922.

Der Konsum-Berein Calmbach

hält am **Sonntag, den 16. Juli 1922**, nachmittags 2 Uhr, im Kronensaal in Calmbach eine außerordentliche **General-Verammlung**

Tagesordnung:

1. Verschmelzung des Vereins mit dem Verein in Neuenbürg zu einem Bezirksverein.
2. Revisor Glaeser aus Stuttgart wird über diese wichtige Sache, verbunden mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen ein ausführliches Referat halten.
3. Zu dieser wichtigen Tagung laden wir sämtliche Mitglieder ein, auch Höfener Mitglieder möchten vollzählig erscheinen.

Die Verwaltung.

Calmbach.

Ich habe mich in Calmbach, Höfener-Strasse 289, niedergelassen und eröffne mit heutigem meine

Zahnärztliche Praxis.

Zahnarzt **Dr. Fr. Müller,**
Höfenerstr. 289.
Sprechstunden: 9 bis 12 1/2 Uhr vormittags und 1/3 bis 6 Uhr nachmittags.
Behandlung von Krankenkassenmitgliedern.

Rauschlos **Leinwand**
Rauschlos **Leinwand**
im Haus

Achtung! **Achtung!**

Am **Sonntag und Montag, den 9. u. 10. Juli 1922**, befinde ich mich mit meiner

Schiff-Schaukel

beim Schauturnen u. Sportfest des Turnvereins Schwann (Turnplatz). Ich lade hierzu das Publikum, sowie meine Freunde und Gönner von der Umgebung allerhöchst ein.
G. Vols, Dillheim.

Günstiges Angebot!

Wipsmäntel, etwas fehlerhaft
RM. 450.—

Zuch- und Cheviotmäntel von RM. 575.— an
Alpocamäntel für starke Frauen
Flotte Waschlleder von RM. 225.— an
Kostüme aus guten Stoffen von RM. 395.— an
Kostüme aus Cheviot

RM. 1100.— RM. 1350.— RM. 1700.—

Flotte Faltenröcke von RM. 225.— an
Waschblusen von RM. 75.— an
Strickjoden, Jumper, Prinzröcke, Unterröcke, Regenschirme.

Daniels Konfektions-Haus,
Karlsruhe, Wilhelmstr. 34. 1 Tr.
: : Da keine Ladenspeisen, besonders billige Preise. : :

Schömb erg.

Suche per sofort einen jüngeren

Fahrknecht.
Reutscher, Güterbeförderer.

Konzepttagebücher,
sowie
Tagebücher für Fleischbeschauer
find vorrätig in der

C. Mech'schen Buchdruckerei,
Jnh. D. Strom, Neuenbürg.

Stadtgemeinde Calw.
Am **Mittwoch, den 12. Juli** findet

**Krämer-, Pferde-,
Vieh- und
Schweinemarkt**

statt, zu dessen Besuch eingeladen wird.
Die anlässlich des letzten Marktes bekannt gegebenen Bedingungen sind streng zu beachten. Am Tage vor und nach dem Markt ist jeglicher Viehhandel auf der Markung Calw verboten.

Calw, den 6. Juli 1922.
Stadtschultheißenamt:
Göhner.

Bruchleidende

gleich welcher Art und Größe Ihre Leiden sind, besuchen Sie meinen Vertreter, der Ihnen mein gleich einer schützenden Hand von unten nach oben wirkendes, Tag und Nacht tragbares, gefächelt geschütztes, auf seine Länge und Druckwirkung selbst einstellbares

Universal-Bruchband

vorgezeigt und Bestellungen auf dieses, sowohl als auf sämtliche Artikel der Sanitätsbranche entgegennehmen wird am **Donnerstag, den 13. Juli**, morgens von 8 bis 1 Uhr, in **Neuenbürg, Hotel „Bären“** und **Donnerstag, den 13.**, mittags von 3 1/2 bis 7 Uhr, in **Mühlacker, Bahn-Hotel**. Außerdem stehen Muster für Ras- und Spezialarbeit zur Verfügung in:

Urinhalter für Bettläger, **Selbstbinden** nach Wunsch und Tag und Nacht jed. Leiden, **Rashalter** für Operierte und **Vorsalbinden**, **Darmkränke**, **Krampfader-Strümpfe**, **Geradehalter**, **Korsetts** nach Maß u. Wunsch.

Ueber 25 000 Stück mit glänzendem Erfolge im Gebrauch. Katalog für sanitäre Artikel usw. auf Wunsch kostenlos.

H. Steiner Sohn, Konstanz (Baden), Wessenbergstr. 15/17,
Telefon 515, Spezialfabrik sanitärer Artikel u. Bandagen.

Nutze dein Herdfeuer!

Backobst mit Kartoffelkloß

ist zwar etwas anspruchlos, aber nahrhaft und gesund! Bis die Klöße fest und rund, Gut Persil! zu gleicher Zeit Wacker seine Schuldigkeit.

* Persil, das selbsttätige Waschmittel, reinigt, bleicht u. desinfiziert die Wäsche in einmaligem kurzen Kochen u. bringt durch Mitbenutzung des täglichen Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis.



Kirn & Hanselmann, Freudenstadt,
Sernspr. 166 Landmaschinenhaus Schwarzwald Rappenttr. 21

Spezialität:

Universal-Schrot- und Mahl-Mühle
mit und ohne Mehlsichter

OK

patentamtlich geschützt,
mit erstklassigen
aufeinanderlaufenden
sich selbst schärfenden
Kunststeinen.

Zwei Jahre Garantie!
Jeder sein eigener Müller:
OK schrotet und mahlt **Weizen, Roggen u. a.**

erzeugt blütenweißes, feines Mehl, leidet mit 60 cm Steinen in zehn Stunden 8 bis 10 Zentner Mehl, mahlt garantiert bis zu 65 Proz. aus, braucht kaumwert wenig Kraft; mit Mühlsteinen von 50 cm ca. 2 PS, mit Mühlsteinen von 60 cm ca. 2 1/2 PS, mit Mühlsteinen von 70 cm ca. 3-4 PS, wiegt mit Sichter je nach Größe 12-14 Zentner,

hält ein Menschenalter aus und ist unverwundlich!
Dorum Landwirte, ehe ihr eine Schrotmühle kauft, überzeugt euch vom Besten und fordert von uns Preise unserer OK Schrot- und Mahl-Mühle ein.

Fordert Vertreter-Besuch!

Der richtige Kurs!



Bleyle's Knaben-Anzüge

Verlangen Sie Katalog!

Verkaufsstelle in Herrenalb:

Erhard Kürble.

Kräuterkäse Marke HB

ware, weich und in Spundenform angefertigt, und in Delikatessgeschäften, Kolonialwarenhandlungen und Konsumvereinen zu haben.

Alleiniger Fabrikant **Heinrich Bort, Wangen i. A.**

Feldrennach.

82cm Renforce u. roh Baumwolltuch
82 und 160 cm Halbleine
weiß Caline und Unterrocksalme
Einfatzhemden

empfehlen
Karl Blaich, Telefon Nr. 5.

**Geflügel- und Handweb-
Zählwerk** ein Neuenbürg.

Deute abend 8 1/2 Uhr

Berammlung

im „Adler“ betr. Ausstellung in Wildbad und Verteilung der noch nicht abgeholten Preise.

Neuenbürg.

Hosen

werden außer dem Haus in Arbeit gegeben.
Wilhelm Wadenhut,
Tuchhandlung u. Schneiderei.

Langenbrand.
Guterhaltens, gebraucht

Fahrrad

hat preiswert abgegeben
Eugen Ohnmaht.

Gottesdienste
in Neuenbürg

Sonntag, den 9. Juli 1922.
(4. Sonntag nach dem Verleibungsfest)

10 Uhr Pred. (Hm. 8, 18-17. Bieb 491):
Stadtpfarrer Griger.

11 Uhr Kirchenliche (Lieder):
Stadtpfarrer Griger.

Mittwoch abends 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus:
Stadtpfarrer Griger.

Katholisch Gottesdienst
in Neuenbürg

Sonntag, den 8. Juli 1922.
10 1/2 Uhr ab. Beichtgelegenheit.
Sonntag, den 9. Juli 1922
10 1/2 Uhr morgens Frühgottesdienst vorher und nachher Beichtgelegenheit und Verteilung der hl. Kommunion.
9 Uhr Predigt und Kant.
10 1/2 Uhr nachm. Heiligenmesse und Anacht.
An den Werktagen ist der Gottesdienst um 6 Uhr.

Methodisten-Gemeinde
Unt. Gartenstraße Nr. 67/
(Hofinger E. Lang).
Sonntag vorm. 10 1/2 Uhr Predigt.
11 Uhr Sonntagsschule.
Mittwoch abends 8 Uhr Bibelstunde.

Zwei
Blat

12 157.

R.P. Des deutschen...
ist nur denkbar, n...
haben kommen darf...
nützigen Blutverl...
nach fortgesetzte...
kräft der Franzose...
sich zu schneiden: bod...
erst, der endlich die...
Scheidemann, der nach...
der Welt wirklichen...
Aber nicht bloß...
ist noch schlimmer...
ist, das im Innern...
leben, Panatillen, di...
herr Tätigkeit wohl...
Pforten, die um...
den Hof gegen Anders...
Gefühlern oft noch...
hüblichem Interton...
Kangarozee befehle...
in Auflösung gerät...
Die ungebürliche...
Berichtigungen, über...
hien Menschen gut...
jährlicher Nachläufe...
aufsteigen und zu...
nordost Schuldigen...
schönen Bühnen und...
der schauerlichen Trä...
Richt nur eine Au...
Baterland begehrt, wer...
Dienst dieser dunklen...
nein, erodiert Mut...
und Baterlandsfreund...
nordwärtigen Schritt...
Sensuen, denen die...
willkommen ist und...
magt hat. Wie ein...
Anfertigungsbed...
den Teile mit entrie...
schen zu weit gedie...
Gefühl am deut...
Berbreiten. Fortsch...
so schlimme Folgen...
kämpfen wie alle für...
der Heberzeugung au...

Göttelinger Dill.
Auf der Straße...
der 51 Jahre alte...
sich haben bebaun...
sein jähriger Weife...
das Kind den Outel...
Straße liegen. In...
tunen frühes hingel...
das Kind allein weite...
aufgefunden; ein...
terurichte seinen...
Stuttgart, 6. Juli

Stuttgart, 6. Juli
Und gegen Wucher...
frauen erklären, daß...
gen wollen, weil dort...
Bart festgelegt ist...
Ihrer Aussage 22...
ka also diese Mühe...
unter solchen Umstän...
nicht die Rede sein...
den Lande von den...
schellen wäre.

Stuttgart, 7. Juli
wurden die Verp...
trübt. Kaffeemitgl...
3 Kaffe 45 Mark im...
jüher festgelegte...
Verpflegungsgel...
nach ist bei den 4...
Millionen Mark zu...

Stuttgart, 7. Ju
partier Weigerung...
lung wie folgt sch...
57 Mark, 2. Qualit...
Preis 65-67, Schwe...
entspricht rechnung...
dem geringen Schla...
Gubenheim, 7.

Der Senat der Land
Grund der anläßlich...
Beratung für die...
ter für das laufende...
Professor Dr. Wader...
der würt. Landwirt...
allgemeinen Ansehens...
Grünungen Dill, Crai...

Stuttgart, 7. Juli
den turnerischen...
Schwabens Turnerc...
is zum edlen Betri...
Einladung an alle...
Württemberg und...
nehmen der ausgebe...
Samstag, 29. Juli...
der Altersklassen: M...
in den vollstänliche...
hochschule, Diskus...
in den Staffelläufen...
Schwaben (Bund). A...
abend mit Uebergab...
Juli, vorm. von 6...
Wettkämpfe sowie...
Kämpfe in den voll...
men und Fischen...
Turner und Turn...
rede: Allgemeine...
der Turnerinnen;...
schien u. dergl.);...
Wettkämpfe, Sta...
Juli: Einzelturn...
Turner: Ringkämp...
4 Uhr findet die...
wird mit einer Betr...